
Protokoll des Jugendhilfeausschusses vom 12.12.2025

Vorsitz: Larissa Krümpfer

Ort: Kwadrat, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:24 Uhr

Protokoll: Nicole Weiß und Melisa Marx

Stimmberechtigte Teilnehmende:

Mitglied		Stellv. Mitglied	
Tek, Hetav	<input checked="" type="checkbox"/>	Kaya, Yunas	<input type="checkbox"/>
Averwenser, Yvonne	<input checked="" type="checkbox"/>	Zeimke, Simon	<input type="checkbox"/>
Tunc, Eyfer	<input checked="" type="checkbox"/>	Eckardt, Kerstin	<input type="checkbox"/>
Arpaz, Selin	<input checked="" type="checkbox"/>	Bries, Falko	<input type="checkbox"/>
Kähler, Katharina (bis 18:55 Uhr)	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Kretschmann, Heike	<input checked="" type="checkbox"/>	Yildiz, Medine	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. Tell, Franziska	<input type="checkbox"/>
Hassanpour, Dariush	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuncel, Cindi	<input type="checkbox"/>
Ziegler, Gerd (bis 18:33 Uhr)	<input checked="" type="checkbox"/>	Bohlmann, Jasmin (ab 18:33 Uhr)	<input checked="" type="checkbox"/>
Krümpfer, Larissa	<input checked="" type="checkbox"/>	Kastens, Christina	<input type="checkbox"/>
Harjes, Sandra	<input type="checkbox"/>	Beckmann-Stütz, Sabrina	<input checked="" type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	<input type="checkbox"/>	Westkämper, Antalia	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	<input checked="" type="checkbox"/>	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Poniewas, Yves	<input type="checkbox"/>	Geupel, Gesine	<input type="checkbox"/>

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Tagesordnung

TOP 13 wird auf die Sitzung im Februar verlegt. Der TOP Berichte der Verwaltung wird durch einen Sachstand zu Osterholz ergänzt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in geänderter Form genehmigt.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 2

Anregungen und Wünsche Junger Menschen - aktuelles

Mehrere junge Menschen sprechen vor dem Ausschuss. Hierbei geht es vorrangig um das Alkoholfreie Jugendcafé. Sie beschreiben deutlich, dass für sie die Einrichtung ein Zuhause darstellt. Sie finden es sehr wichtig, dass die Einrichtung erhalten bleibt und auch die dort tätigen Personen. Außerdem bringen sie zum Ausdruck, dass die Übergangslösungen für sie nicht bedarfsgerecht sind, da sie jeden Tag in andere Angebote gehen müssten. Dies bedeutet für sie jeden Tag neue Einrichtungen, neue Erwachsene und neue junge Menschen kennenzulernen. Sie kennen die Regeln nicht und können sich daher auch nicht unmittelbar wohlfühlen und somit bedeutet dies für sie kein gutes Angebot.

Lina Marie Dorn vom Jugendtreff „Sasu“ verliest eine Stellungnahme. Hierbei werden die Einrichtungsstandards deutlich begrüßt. Es sei jedoch nicht nachvollziehbar, warum die Umsetzung zu einem Zusammenlegen von Einrichtungen führe und ein Szenario als Konsequenz akzeptiert würde, in dem nicht mehr alle Einrichtungen institutionell gefördert würden. Die Sorgen und Ängste der jungen Menschen, die beim letzten Ausschuss im Rahmen eines Videobeitrags vorgetragen wurden, werden nicht genug gehört. Den jungen Menschen werden ihre Räume genommen und es bedarf einer Prüfung dazu, welche Mittel benötigt werden, um alle Einrichtungen gemäß Einrichtungsstandards zu fördern und diese Mittel in den Doppelhaushalt einfließen zu lassen.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Junge Menschen: Osman, Ahmed, Fadila, Lina Marie Dorn, Märthe Stamer

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.11.2025

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Das Protokoll aus der Sitzung vom 20.11.2025 wird genehmigt.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 4

Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen zum bedarfsgerechten Ausbau und Erhalt der Kindertagesbetreuung in der Stadtgemeinde Bremen

Nele Schönawa führt in die Vorlage ein.

Der Beschlussvorschlag wird um den unten genannten, dritten Punkt ergänzt.

Auf Nachfrage wird erläutert, dass die Erhebung eines Eigenanteils im Rahmen des SGB VIII vorgeschrieben ist. In der Regel handelt es sich um sehr niedrige Werte im einstelligen Prozentbereich, die sich an dem jeweiligen Eigenanteil des Trägers im konsumtiven Bereich, also der laufenden Betriebskostenförderung orientieren. Dies wird (bei gemeinnützigen Einrichtungen) entsprechend der Wirtschaftlichkeit und bestehenden Rahmenbedingungen der Einrichtungen geprüft.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Nele Schönawa, Kristina Kastens, Gerd Ziegler, Hetav Tek, Thomas Jablonski

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt der „Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen zum bedarfsgerechten Ausbau und Erhalt der Kindertagesbetreuung in der Stadtgemeinde Bremen“ zu und bittet den Senator für Kinder und Bildung um Veröffentlichung im Amtsblatt Bremen und im Transparenzportal Bremen.
2. Der Jugendhilfeausschuss unterstützt das Inkrafttreten der Richtlinie zum 01.01.2026.

Zustimmung: 9

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 3

3. Der Jugendhilfeausschuss fordert den Senator für Kinder und Bildung auf die Umsetzung der Förderrichtlinie zu überprüfen und dazu im ersten Quartal 2027 zu berichten.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 5

Vertragskündigung mit dem Träger PiB Pflegekinder in Bremen gGmbH

Thomas Jablonski führt in die Vorlage ein und erläutert die rechtlich zwingenden Gründe für eine Vertragskündigung.

Ergänzend wird berichtet, dass sich die Vertragsparteien darauf verständigen werden den Rest-Vertragszeitraum abweichend von der geltenden Kündigungsregelung um ein Jahr verlängern zu wollen, damit bis zum Ende des Jahres 2026 das Ergebnis einer Neu-Ausschreibung vorliegt. Der Träger hatte kurzfristig ein Rechtsgutachten vorgelegt, aus dem sich ergibt, dass PiB nach Vorliegen eines Ausschreibungsergebnisses 12 Monate Zeit braucht, um ggf. Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, andernfalls könnten bereits 2026 durch erforderliche Kündigungsmodalitäten erhebliche wirtschaftliche Risiken für den Gesamtbetrieb entstehen. Bislang waren die Vertragsparteien davon ausgegangen, dass 6 Monate Vorlauf ausreichend seien. Entsprechend der neuen Sachlage werden die Parteien eine vertragliche Anpassung vornehmen, die auch Anpassungsbedarfe bei den Daten in der Vorlage sowie im Beschlussvorschlag auslöst: Konkret bedeutet dies, dass der Vertrag zum 31.12.2025 gekündigt wird mit einer Wirksamkeit zum 31.12.2027. Das heißt, der Vertrag endet erst zum 31.12.2027.

Rolf Diener ergänzt, dass für die Zuständigkeitsbereiche der Senatorin Arbeit, Soziales, Jugend und Integration ebenfalls Überarbeitungen sowie Weiterentwicklungen in der Kooperation und Aufgabenbeschreibung anstehen, die im Rahmen des bestehenden Vertrages gemeinsam erarbeitet und verändert werden.

Auf Nachfrage wird erläutert, dass bei den Aufgaben, die zum Ressort Kinder und Bildung gehören, aktuell hoheitliche Aufgaben vom Träger übernommen werden, was u.a. die Kündigung begründet, da es um grundsätzliche Veränderungen geht.

Gaby Onesseit bringt als Kindertagespflegeperson die Sorge der Kindertagespflegepersonen zum Ausdruck. Diese seien sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit mit dem Träger und wünschen sich eine Beteiligung im Prozess.

Judith Pöckler von Lingen bedankt sich für die Veränderungen der Fristen auch durch den Einsatz der fachpolitischen Vertreter:innen. Auch aus Sicht von PiB gäbe es Veränderungsbedarfe im Vertrag, jedoch sei hier ein anderes Vorgehen ebenfalls möglich. Sie blicke positiv auf die kommende Zusammenarbeit und anstehenden Gespräche.

Thomas Jablonski erläutert, dass aus Sicht des Ressorts eine vollständige Übernahme der hoheitlichen Aufgaben zwingend sei, da das Jugendhilferecht eine Beleihung nicht zulasse. Außerdem sei aus vergaberechtlichen eine dauerhafte Fremdvergabe der Leistungen ohne Ausschreibung nicht möglich und die Kündigung deshalb rechtlich alternativlos.

Eine Übernahme von Beschäftigten kann an dieser Stelle zwar nicht final zugesagt werden, aber dass grundsätzlich das Know How der Beteiligten, soweit es möglich ist, im Wege einer Übernahme genutzt werden solle, sei auch im Sinne der Behörde.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Thomas Jablonski, Rolf Diener, Hetav Tek, Katharina Kähler, Gerd Ziegler, Rolf Diener, Judith Pöckler von Lingen, Gaby Oneseit

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die ordentliche Kündigung der Anlage 1 des Kooperationsvertrages gemäß § 19 (3) durch die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration und den Senator für Kinder und Bildung in Vertretung der Freien Hansestadt Bremen bis zum 31.12.2025 zur Kenntnis.

2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sowie den Senator für Kinder und Bildung in ihrer jeweiligen Zuständigkeit, für die in der aktuellen Kooperation geregelten Aufgaben, eine anschlussfähige Aufgabendurchführung ab dem 01.01.2028 vorzubereiten.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 6

Nachbesetzung nach Ausscheiden eines Mitgliedes Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Wechsel zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7

Systemische Kitabegleitung

Cordula Breitenfeldt und Kathrin Blumenhagen führen in die Vorlage ein.

Das Gremium begrüßt das Vorhaben. Hiermit wird die Möglichkeit gesehen, die Gruppen mit qualifizierten Begleitkräften (die beim Träger angestellt sind) systemisch auszustatten, um so den Kindern mit Förderbedarf, unabhängig davon, ob er festgestellt ist, innerhalb des Gruppengeschehens mit ihren Bedarfen zu begegnen und vor allem auch die Anzahl der (jungen) Erwachsenen in den Gruppen zu reduzieren. Die Steuerung, die durch das Modell konkret in der Einrichtung möglich ist, wird für die Kinder und Familien als positiv bewertet.

Weiter wird auf Nachfrage erläutert, dass der individuelle Rechtsanspruch davon nicht berührt sei, vorrangig soll aber geprüft werden, ob die Unterstützungsbedarfe von Kindern und Familien durch die systemische Kitabegleitung erfüllt werden können. Wie in der Vorlage beschrieben, wird mit 10 Prozent individueller Bedarfe (persönliche Assistenz) zusätzlich zur systemischen Lösung gerechnet.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Cordula Breitenfeldt, Kathrin Blumenhagen, Heike Kretschmann, Christina Kastens, Gerd Ziegler, Yvonne Averwesser, Juliane Ratjen

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Umsetzung der oben beschriebenen Modellprojekte zu.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 8

2. Kinder- und Jugendbericht der Stadtgemeinde Bremen

Felix Seidel führt in die Vorlage ein. Er weist daraufhin, dass ein Fachtag am 27.04.2026 geplant ist, ein Save the Date wird zeitnah folgen.

Im Rahmen der Debatte wird sich für die Erstellung des Berichtes bedankt. Die fraktionsübergreifende Wahrnehmung der hohen Bedeutung der OKJA und der Einsatz für diesen Arbeitsbereich in den unterschiedlichen Entscheidungsgremien wird betont.

Dariusch Hassanpour stellt aktuelle Entwicklungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) vor. Er verweist auf einen deutlichen Rückgang der aktiven Träger von ehemals 86 auf derzeit 53, was einem Verlust von rund 40 % entspricht. Viele verbleibende Einrichtungen arbeiten mit weniger als zwei Vollzeitäquivalenten. Er betont den Bedarf an einer Ausweitung der Angebote und zusätzlichen finanziellen Mitteln und hebt hervor, dass hierfür ein klarer politischer Wille notwendig ist. Die Fraktion Die Linke verweist in diesem Zusammenhang auf die erwartete Zustimmung von Grünen und SPD.

Hetav Tek stimmt den Ausführungen zu. Der vorliegende Bericht werde in der UAG weiter aufgearbeitet.

Linus Edwards begrüßt für den Bremer Jugendring die vorgeschlagenen Maßnahmen und bietet die Mitarbeit des BJR in der UAG an.

Gerd Ziegler hebt den hohen Aufwand der Träger hervor und unterstreicht die Notwendigkeit, die Situation in den Stadtteilen anhand der Daten weiter zu analysieren, insbesondere hinsichtlich der Ursachen stark ausgeprägter Problemlagen in bestimmten Quartieren. Er regt an, diese Aspekte im Rahmen des Fachtags vertiefend zu betrachten.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Sabine Toben-Bergmann, Selina Arpaz, Dariusch Hassanpour, Hetav Tek, Linus Edwards, Gerd Ziegler, Sahhanim Görgü-Philipp

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen nimmt die Vorlage des 2. Kinder- und Jugendberichts der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, den Bericht der zuständigen städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration zur Kenntnisnahme vorzulegen.
2. Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration um Organisation und Durchführung eines Fachtages zur Vorlage des 2. Kinder- und Jugendberichts der Stadtgemeinde Bremen.
3. Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen richtet einen nicht-ständigen Unterausschuss zur Erstellung einer Stellungnahme ein, die dem Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen im Laufe des zweiten Quartals zur Abstimmung vorzulegen ist und diesen in der Folge der Stadtbürgerschaft zu übermitteln.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 9

Konzeption der Planungskonferenzen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zur Umsetzung der Einrichtungsstandards

Felix Seidel führt in die Vorlage ein.

Sabine Toben-Bergmann als Sprecherin der AG nach § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung berichtet aus der AG, dass diskutiert wurde, wie die Beteiligung der jungen Menschen sichergestellt wird. Die Fachkräfte aus den Einrichtungen sind hierbei deutlich aufgefordert, auch als Lobbyist:innen für die jungen Menschen zu agieren.

Ulrich Schlüter als Ortsamtsleiter aus Osterholz bedankt sich für die Durchführung der Planungskonferenzen und verweist hierbei auf den sachlichen Grund der Insolvenz von Petri und Eichen. Im Rahmen der weiteren Debatte gab es kontroverse Diskussionen, jedoch stärkt der Prozess die Zusammenarbeit und war in Osterholz ein sehr guter konstruktiver Austausch mit allen wichtigen Akteuren, auch jungen Menschen.

Im Rahmen der Fragen der weiteren Debatte erläutert Felix Seidel, das grundlegende Ziel: Die Vorbereitung der Entscheidung des JHA, welche Einrichtungen mit welchem Standard institutionell gefördert werden. Die Beteiligung ist für jeden Träger aus dem Arbeitsfeld aus den jeweiligen Gebieten geplant. Darüber hinaus sind zusätzlich jeweils eine Vertretung aus den institutionell geförderten Einrichtungen sowie den offenen Treffs mit Projektförderung vorgesehen. Je nach Planungsgebiet wird gemeinsam vor Ort überlegt, wie eine Beteiligung von jungen Menschen sichergestellt werden kann.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Felix Seidel, Sabine Toben-Bergmann, Ulrich Schlüter, Selin Arpaz, Hetav Tek, Eyfer Tunc

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen nimmt die Konzeption zur Durchführung der Planungskonferenzen zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration um regelmäßige Berichterstattung über den Prozess.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 10

Bedarfsermittlungsergebnis für die Offene Kinder- und Jugendarbeit

Felix Seidel führt in die Vorlage ein.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Felix Seidel, Sabine Toben-Bergmann

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Bedarfsermittlungsergebnisse zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration um Vorlage des Ergebnisses zur Kenntnis in der Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 11

Ergebnisse der Planungskonferenzen im Stadtteil Osterholz

Märthe Stamer führt in die Vorlage ein. Für den Stadtteil Osterholz bestehen fünf institutionelle Förderungen sowie diverse Projektförderungen; letztere werden nicht einzeln aufgeführt, da sie nicht Teil der Planungskonferenzen sind. In der ersten Sitzung wurde der aktuelle Angebotsbestand analysiert und diskutiert, insbesondere hinsichtlich bestehender wichtiger Angebote, bestehender Lücken und zukünftiger Bedarfe. Im Nachgang erarbeiteten Fachabteilung und Amt für Soziale Dienste einen Vorschlag für die zukünftige institutionell geförderte Angebotskulisse in Osterholz auf Grundlage der Ergebnisse der ersten Planungskonferenz, des Stadtteilkonzepts und vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Mittel. Dieser wurde im Rahmen der zweiten Planungskonferenz diskutiert. Es ist vorgesehen, das alkoholfreie Jugendcafé nicht weiter institutionell zu fördern. In der Vorlage (Seite 3) wird auf die Differenz zwischen Durchschnittswerten und realen Personalkosten hingewiesen. Ergänzend wird ausgeführt, dass das alkoholfreie Jugendcafé in den Planungskonferenzen thematisiert wurde. Das AfSD wurde gebeten zu prüfen, wie eine Projektförderung realisiert werden kann. Das alkoholfreie Jugendcafé soll im Rahmen der Projektmittel künftig eine stärkere Rolle erhalten.

Auf Nachfrage erläutert Dariush Hassanpour den Zusatz, der auf Wunsch der Koalition hinzugekommen ist. Der Absatz zum alkoholfreien Jugendcafé ist auf Initiative seiner Fraktion in die Vorlage gekommen, um sicherzustellen, dass das Angebot als Projektförderung für den Stadtteil erhalten bleiben muss. Der weitere Absatz bezüglich der Einwerbung der zusätzlichen Mittel zeigt nochmal den erhöhten Bedarf, der sicherlich stadtteilübergreifend zu sehen ist. Bezüglich der Dependancen ist gemeint, dass beispielsweise das alkoholfreie Jugendcafé durch institutionelle Einrichtungen als Dependance genutzt wird, um den Standort zu erhalten.

Auf Nachfrage erläutert Märthe Stamer, dass bezüglich der hohen Betriebskosten im Jugendhaus Tenever bereits Einsparungspotential geprüft wird. In Osterholz gebe es viele Projektförderungen, wodurch mehr Flexibilität im Stadtteil geschaffen werde. Projektentscheidungen sollten weiterhin dezentral erfolgen und sich eng am lokalen Bedarf orientieren.

Larissa Krümpfer sowie weitere Vertretungen der Träger bringen zum Ausdruck, dass es als nicht zielführend betrachtet wird, wenn das parlamentarische Recht der Koalitionäre dazu führt, dass Änderungen eingearbeitet werden in Vorlagen, die das Ergebnis von Beteiligungsprozessen darstellen.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Märthe Stamer, Hetav Tek, Dariush Hassanpour, Detlev Busche, Dariush Hassanpour, Ulrich Schlüter, Faro Tuncel, Larissa Krümpfer

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag für die zukünftige Gestaltung der institutionell geförderten Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil Osterholz zu.

Zustimmung: 11

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 1

Tagesordnungspunkt 12

Verschiedenes

Bericht der Verwaltung zum Sachstand IHTE (SKB/Frauke Günther)

Cordula Breitenfeldt führt in die Vorlage ein.

Christina Kastens berichtet, dass die Kalkulationsgrundlage in der kommenden Woche diskutiert wird und hier noch viel Diskussionsbedarf besteht. Bezüglich der Versorgung der jungen Menschen in den Horten bedarf es einer dringenden Lösung.

Yvonne Averwesser unterstützt den Bedarf der Klärung der jungen Menschen mit Förderbedarfen in den Horten, da hier die Sorge besteht, dass die Betreuung ohne Förderung am Nachmittag in Frage gestellt ist und die Familien Planungssicherheit benötigen.

Cordula Breitenfeldt nimmt das Thema mit.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Cordula Breitenfeldt, Kristina Kastens, Yvonne Averwerser

Sachstand zu Umsetzung der Finanzierungssystematik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (Felix Seidel)

Felix Seidel berichtet über die bisherigen Umsetzungen. Ausstehend sind die Durchführung der Planungskonferenzen im Jahr 2026 und das zukünftige Planungsvorgehen in den Planungsgebieten bezüglich der Projektmittel sowie die Beteiligung von Beiräten.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Sachstand Osterholz

Märthe Stamer berichtet zum weiteren Vorgehen. Die Ausschreibung für das Jugendhaus Tenever ist für die kommende Woche geplant, eine Entscheidung soll im Januar erfolgen. Die Mietverträge laufen bis 31.01.2026. Hierzu gibt es bereits Gespräche mit Immobilien Bremen zu notwendigen Renovierungen, damit zeitnah Übergaben erfolgen können. Übergangslösungen sind in Federführung des AfSD und im Austausch mit den jungen Menschen erarbeitet. Es wird an einzelnen Standorten zusätzliches Personal geben, um dort zusätzliche Angebote zu gestalten. Hierbei handelt es sich um für die jungen Menschen bekannte pädagogische Fachkräfte. Die Übergangszeit soll so kurz wie möglich sein, angedacht sei eine Übergabe so schnell wie möglich.

Beim FitPoint in der Schulsporthalle muss das Dach saniert werden. Der Standort ist somit zwischen März und August geschlossen. Diese Information wurde erst heute übermittelt, sodass eine alternative Lösung noch erarbeitet wird. Die gesamte Projektförderung wird vor 2027 noch im Stadtteil beschlossen. Die Infrastruktur des Kinderbauernhofs ist durch ein Schulmeiderprojekt gesichert, sodass der Standort dem Stadtteil weiter zur Verfügung steht.

Es wird aus dem Gremium darauf verwiesen, dass nicht alle jungen Menschen die Übergangslösungen erreichen werden. Weiter wird darum gebeten, die Umstrukturierungen und ggf. anstehenden Renovierungen zu nutzen, die Einrichtungen barrierefreier zu gestalten.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Märthe Stamer, Selin Arpaz, Sahhanim Görgü-Philipp, He-tav Tek, Jasmin Bohlmann, Annette Niggemann

Tagesordnungspunkt 13

Verschiedenes

Bericht zu dem medienpädagogischen Projekt Digi:Tri

verschoben auf die Februarsitzung.

Für das Protokoll:

Marx / Weiß